

Hörheimer Zeitung

Zugleich Anzeiger

für den Maingau



Ersteinst Mittwoch und Samstags. — Druck und Verlag von Heinrich Dreisbach, Hörheim a. M., Karlsruherstraße Nr. 8. — Verantwortlicher Schriftleiter Heinrich Dreisbach, Hörheim a. M.

Anzeigen kosten die je nachgep. Konpr.-Zeile oder deren Raum M. anwärts M. Kellamen dopp. Preis. Bezugspreis: für die Zeit vom Mark mit Bringerlohn.

Nummer 10

Telefon 59.

Mittwoch, den 6. Februar 1924

Telefon 59.

28. Jahrgang

Die dritte Steuernolverordnung.

Die Aufwertung der privaten Schulden. — Besteuerung der Geldwertvermehrungsgewinne. — Finanzielle Stärkung der Länder und Gemeinden.

Das Kabinett hat dem Entwurf der dritten Steuernolverordnung zugestimmt. Er ist bereits dem Reichsrat, dem Acker Ausschuss, dem Reichstag und dem Reichswirtschaftsrat zugegangen. Der Entwurf, der die Unter-schriften des Reichsfinanzministers und des Reichsjustizministers trägt, regelt das bisher unrichtige Gebiet der Aufwertung privater Schulden und fucht eine Lösung, die mit den überwiegenden und mit stets verschärftem Nachdruck verteilten Wünschen weiter Kreise der Bevölkerung im Grundbesitz übereinstimmt. Der Entwurf ist nach eingehender und wiederholter Erwägung von Behörden und Gegenständen, die angesichts der Tragweite für die Gesamtwirtschaft beide schwer wiegen, gefast worden, da Bägern nicht mehr vertreibbar erschien.

Für Vermögensanlagen, d. h. insbesondere für Hypotheken und andere dingliche Forderungen als Schuldverschreibungen und andere Darlehensansprüche gegen Privat-schuldner ist grundsätzlich eine Aufwertung auf 10 vom Hundert des Goldwertes der Forderung vorgesehen. Besondere ungünstige Verhältnisse des Schuldners berechnen ihn zu geringerer Aufwertung. Eine Sonderregelung ist für Pfandbriefe gegeben, die den Ausschluß der Spekulationserwerber und die Begünstigung von allem Besitz von gemeinnützigen Anstalten, sowie ähnlichen zu mündelsicheren Anlagen gerungenen Gläubigern vorbehalten. Für die Regelung von Ansprüchen aus Sparkassenguthaben und Lebensversicherungssverträgen gelten andere Besonderheiten, die eine angemessene Verteilung der aufgewerteten Vermögensmassen sicher stellen.

Der zugelassene Aufwertung dient ein besonders vereinfachtes Verfahren. Für öffentliche Anlagen ist bis zur Abgeltung aller Reparationsverpflichtungen der Anspruch auf Kapital und Zins aufgehoben. Ob überhaupt und wenn, in welchem Umfang und zu welchem Zeitpunkt Zins- und Tilgungsdienst wieder aufgenommen werden sollen, wird in späterer Zeit durch besonderes Reichsgesetz geregelt. Die Aufwertung gibt dem Gläubiger nur einen Teil des Geldwertunterschiedes zwischen der alten Goldmarkforderung und deren Papierwert.

Gründe der Gerechtigkeit, ebenso wie die dringenden Finanzbedürfnisse von Reich, Ländern und Gemeinden zwingen dazu, den verbleibenden Geldwertvermehrungsgewinn des Schuldners zu besteuern. So werden Obli-

gationsgläubiger, die vor dem 31. 9. ihre Obligationen getilgt haben, mit 12 vom Hundert des Goldmarkwertes der Schuldverschreibungen besteuert. Die Steuer ist grundsätzlich in Einzahlungsraten von je 2 vom Hundert zu zahlen. In diesem Zeitpunkt noch nicht getilgte Schuldverschreibungen tragen 2 vom Hundert Steuer, weil hier die Aufwertung noch hinzu tritt. Die Besteuerung der Inflationsgewinne aus Krediten, aus der Ausgabe an Notgeld und aus öffentlichen Bezügen zum Bau von Wohngebäuden, sowie schließlich Geldwertvermehrungsgewinne der Eigentümer von belasteten unbebauten Grundbesitz wird vorbereitet. Auf unbebauten Grundbesitz wird im Interesse der Sicherung der Volksernährung die erste Rate zeitlich hinausgeschoben. In eingehender Weise ist die Besteuerung des Geldwertvermehrungsgewinns bei bebauten, insbesondere städtischem Grundbesitz im Anschluß an die Steigerung der Miete geregelt. Diese Steuer soll ebenso wie die vom unbebauten Grundbesitz den Ländern vorbehalten bleiben. Ihnen wird auch die Besteuerung der Geldwertvermehrungsgewinne zugelegt, die aus Holzverkäufen aus Forsten öffentlicher Körperschaften entstanden sind. Neben diesen neuen Steuern, die die finanzielle Selbstständigkeit der Länder und Gemeinden stärken, werden den Ländern durch neue Verteilung bestehender Steuerquellen die erforderlichen Mittel zur Deckung ihrer dringlichsten Haushaltsbedürfnisse zur Verfügung gestellt, insbesondere zur selbstständigen Vorsehung der Besoldungen. Um die aus dem Aufwertungsverfahren sich ergebenden Aufwertungsschwierigkeiten für die Steuern der nächsten Zeit auszugleichen, ist besondere Bestimmung über ihre Bewertung in der Steuerbilanz getroffen. Weiter bringt die Verordnung Vereinfachungen und Verbesserungen des Besteuerungsverfahrens und des Steuerstrafverfahrens. Den Gemeinden ist auf den Gang des Verfahrens weitgehender Einfluß gewährt worden.

Eine heille Kammerdebatte.

Nachprüfung der Kriegsschadensentscheidung.

Nachdem der Berichterstatter der Finanzkommission in der französischen Kammer seinen Bericht beendet hatte, erklärte Poincaré, daß die Regierung den Vorschlag der Kommission annehme, d. h. die Kriegsschuldensätze, die 500 000 Franken Nachkriegswert übersteigen, zu revidieren. Der Abg. Desjardens bekämpfte die Vorlage. Es werde nicht mehr möglich sein, Verträge abzuschließen, wenn die Kammer getroffene Urteile in dieser Weise über den Haufen werfe. Man dürfe den Feinden Frankreichs keine Waffen in die Hände geben.

Der Abg. Pons bekämpfte diese Auffassung und führte neue Beispiele von den Beiträgen an: Ein Zunderfabrikant, der z. B. für 650 000 Franken Schaden erlitten hätte, habe 3 Millionen erhalten. Der Minister der befreiten Gebiete erklärte, daß er keine Kenntnis von diesem besonderen Fall habe. Es sei ihm praktisch unmöglich, alle 3 Millionen Kriegsschadenssätze zu kennen. Er gebe aber die Zusicherung, daß jeder Fall, wo Beitrag nachgewiesen werden könne, nachgeprüft werde. Der Abg. Denis zweifelte an der Aufrichtigkeit dieser Erklärung. Er sei Mitglied der Kommission für die Prüfung der Kriegsschadensverträge. Das Ministerium der befreiten Gebiete habe dieser Kommission aber oft die Ausbändigung von Dokumenten verweigert. Poincaré erwiderte, daß diese Behauptung jedenfalls dem Umstande zuzuschreiben gewesen sei, daß die einzelnen Kammerkommissionen über ihre Kompetenzen nicht einig waren. Der Abg. Mingier bekämpfte den Vorschlag der Finanzkommission. Wenn dieser angenommen würde, müßten 100 000 Hefte geprüft werden. Das würde nur ein willkommener Anlaß sein, um den Reich zu erlösen, d. h. um die großen Beträge in der Masse der kleinen verschwinden zu lassen. Sein Vorschlag hätte nur auf 148 Hefte und 10 Milliarden Franken Anwendung gefunden und würde zwei bis drei Milliarden Franken dem Staatsschatz zuführen. Abg. Pons möchte die Zusicherung erhalten, daß bis zum Betrag von drei Milliarden Franken der vorgesehene Gewinn aus der Prüfung der Kriegsschuldensätze auf die übrigen Regierungsvorlagen gerechnet würde. Poincaré erklärte, die Regierung könne ihre Zustimmung dazu nicht geben. Er mache sich keine zu großen Illusionen mit Rücksicht auf das Resultat der Revision. (Erregung und Lärm auf der linken Seite.) Die Regierung könne nicht auf feste Resultate zu Gunsten nicht feststehender Einnahmen verzichten. Die Kammer beschloß darauf mit 500 gegen 36 Stimmen, den Vorschlag der Kommission anzunehmen, d. h. es sollen 100 000 Hefte einer neuen Prüfung unterzogen werden. Ein Abgeordneter hatte zuvor erklärt, wenn man diese Lösung annehme, werde die Kommission in 10 Jahren ihre Arbeiten noch nicht beendet haben.

Der Senat gegen Poincaré.

Die Fraktion der Linken im Senat des französischen Senats hat eine Entschließung angenommen, in der sie gegen die von der Regierung angeordnete Verordnungsprozedur ausspricht. Da diese Gruppe die Mehrheit im Senat hat, kommt diesem Beschluß eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu.

Die wilde Hummel.

Roman von Erich Friesen.

(Nachdruck verboten.)

36

Da treffen Stimmen an ihr Ohr — Frauenstimmen von der anderen Seite des Wintergartens. „Haben Sie sie gesehen?“ fragt soeben die eine spöttisch.

„Wen denn?“ erwidert die andere spitz.

„Die kleine „Wilde“!“

„Natürlich. Ihre Exzellenz hat sie ja genügend herausgeputzt!“

„Sie ist aber wirklich ein hübsches Ding — auch ohne die Staffage!“

„Finden Sie? ... Na, reden Sie nur mal mit ihr! Da werden Sie Ausdrücke zu hören bekommen —“

„So —?“

„Nacht nichts! Beinh Millionen sind mehr wert, als Bildung. Das scheint auch der Herr Hofrat v. Marwitz zu meinen. Er war einer der ersten, der sich vorstellen ließ. Er, der sonst die Nase nicht hoch genug tragen kann!“

Die Rote des Unwillens steigt Norbert in die Stirn. „Wollen wir nicht wieder in den Saal zurück, mein gnädiges Fräulein?“

Und schon lenkt er seine Schritte um.

Doch das schöne, schlaffe Mädchen an seiner Seite hört gar nicht, was er sagt. Ihr ganzes Denken und Empfinden ist durch jene lieblichen Worte in An-

spruch genommen. Und sie gibt ihrer Empörung auch sofort drastischen Ausdruck.

„Psui!“ ruft sie flammenden Blicks und im Tone tiefster Verachtung nach der Palmengruppe hin, die die losen Spöttelinnen verbirgt. „Kann ich dafür, daß ich in Südafrika aufgewachsen bin? Und daß ich nicht so schöne Worte machen kann wie Ihr? ... Und daß ich Millionen habe, die ihr wahrscheinlich nicht habt? Ich mache mir gar nichts aus dem Geld, ich pfeife drauf. Ich möchte wieder unten in Büffel-Goldfeld sein — bei Karl und den „Jungens“. Die sprechen nicht so lieblos über andere, wie ihr hier in dem kalten Berlin! O, ich hasse Berlin! Hätte es aus vollem Herzen!“

Ihr Wangen glühen. Ihre Rippen beben. Die kleinen Häute sind geballt.

In diesem Augenblicke gleicht sie tatsächlich mehr einer „kleinen Wilde“ aus Südafrika, als einer jungen Dame der Berliner Gesellschaft.

Hinter der Palmengruppe leises Verlegenheitslächeln. Unterdrücktes Lachen. Dann Stille. Man scheint sich aus dem Staube gemacht zu haben.

In Norberts Hirn aber zuckt wie ein Blitz die Erinnerung auf, wo er dieses schöne, lächne, kraftvolle Mädchen Gesicht bereits gesehen hat.

„Jetzt weiß ich, wo ich Ihnen bereits begegnet bin,“ sagt er leise, indem er beschwichtigend ihre Hand faßt. „Sie waren es, die vor ein paar Tagen dem Pferd in die Hängel fiel!“

Sie runzelt die Stirn.

„Es hat lange gedauert, bis Sie sich darauf besannen,“ flüstert sie heftig heraus.

„Verzeihen Sie — aber die Veränderung ist zu groß —“

„D bittel Ich weiß sehr wohl, daß mein Benehmen damals unpassend war. Die Frau Tante hat es mir kräftig gesagt. Ein andermal werde ich mich schön hüten, einzugreifen und ruhig zusehen, wenn andere Leute sich den Hals brechen!“

„Sie atmet rasch und schwer. Es ist, als ob die ganze Wildheit ihres ungezügelten Temperaments ... Ihr er-wacht ist bei den lieblichen Worten jener Klatschbasen.“

„Das werden Sie nicht tun,“ widerspricht der junge Offizier ernst. „Sie werden niemals etwas tun, was unnobel oder selbe ist! Ich bin glücklich, daß ich Ihnen heute abend hier begegnete, damit ich Ihnen nochmals danken und Ihnen sagen kann, wie sehr ich Ihren Mut bewundere!“

Planes Herzchen klopfte zum Berspringen.

Der weiche Ton von Norberts Stimme, der warme Druck seiner Hand, der ernste und doch so freundliche Blick seiner sprechenden Augen — das alles treibt ihr das ohnehin schon erregte Blut mit rasender Geschwindigkeit durch die Adern. Sie fühlt, wie es ihr heiß in die Augen steigt. Wie durch einen Schleier nur gewahrt sie, daß von der anderen Seite her eine Dame den Wintergarten betreten hat, am Arm des Generalkonsuls.

„Da sind Sie ja, Herr Leutnant!“ ruft lechterer erfreut. „Unsere schöne Liselotte sucht Sie bereits überall!“

Liselotte? ...

Planes Wangen färben sich noch dunkler, als sie den Namen hört.

(Fortsetzung folgt.)

Eine bedeutsame Rede Stresemanns.

Verteidigung seiner Politik. Gegen die Anklagen des Tages. Die unzulässigen Behauptungen.

Der Reichsminister des Auswärtigen, Dr. Stresemann, hat in einer Vortragsveranstaltung der Deutschen Volkspartei vom 12. Dezember das Wort zu einer Rede ergriffen, die ausgesprochen maßvollem und verantwortlichen Charakter trug. Er verteidigte die Haltung seiner Partei während der vier Jahre seit der letzten Reichstagswahl und seine eigene Haltung, besonders während seiner Kanzlerschaft. Die Anklagen gegen ihn seien hauptsächlich von rechts gekommen, und so richte er denn seine Verteidigung auch zum wesentlichen gegen rechts. Er erklärte, daß die Opposition der Deutschen nur auf die Abrechnung ihrer Mandatszahl hinauslaufe. Wieviel Mandate eine Partei im Reichstag habe, darüber habe aber die Volksgeschichte zu sprechen. Der passive Widerstand hätte aufgehoben werden müssen, weil er in den Abgrund führte. Es seien Unterführungen an Stelle gebracht worden, die früher nie gearbeitet hätten. Der anfängliche Idealismus hätte vielfach dem Geiztiefen Platz gemacht. Schließlich kam Stresemann auf den Beamtenabbau zu sprechen, den er für die Betroffenen als sehr hart bezeichnete, ohne dem man aber nicht herum kommen könne, weil man dem Volk eine feste Währung geben müsse. Für Landwirtschaft, Industrie und Handel würden ausländische Kredite gebraucht, und es sei selbstverständlich, daß die Staaten, die diese Kredite geben, auch an der Verwaltung der Goldnotenbank beteiligt sein müßten. Aber eine Kontrolle der deutschen Wirtschaft sei damit nicht verbunden.

Weiter wird uns über die Rede Stresemanns aus Stuttgart gemeldet: Stresemann erklärte noch, mit dem Namen des schwer erkrankten (inzwischen verstorbenen) Präsidenten Wilson und mit seinem bekannten Versprechen sei unter außenpolitisches Schiedsamt verknüpft. Wir seien ein waffenloses Volk, müßten uns aber mit allen Kräften wehren gegen die Aufhebung der moralischen Schuld am Kriege. Es zeige sich eine gewisse Entspannung der früher allgemein gegen Deutschland eingestellten Meinung der Welt. Der Zusammenbruch der Sachverständigen in Berlin bewies die durch die Folgen des Berliner Friedens hervorgerufene Unruhe der Welt. Unter Hinweis auf den Währungsverfall in Frankreich erklärte er, daß der Minister für die Aufgabe der Sachverständigen, die Kräfte der Währungsänderung so zu regeln, daß sie wieder in ein festes Verhältnis zu einander kommen. Diese und alle damit zusammenhängenden Fragen würden allgemein sein, daß Deutschland keine Leistungen übernehmen könne, wenn seine Einheit zerstört werde. Ein Volk, das einen Krieg verloren habe, müsse doppelt arbeiten, um für die kommenden Generationen erträgliche Verhältnisse zu schaffen. Seine feste Währung könne Deutschland nur durch Balance der Zahlungsbilanz erhalten. Unsere Wirtschaft könne nur durch internationale Kredite wieder in Gang gebracht werden. Die weitere Fälligkeit der Besatzungskosten müsse einen neuen Verfall der Währung bringen. Das Eingreifen der Reichsregierung gegen Sachverständigen Dr. Stresemann mit einer Rede Snowdons, die der „Vorwärts“ veröffentlicht und in der gesagt wird, daß der Volkswirtschaftler aus der Zeit der Sachverständigen in Deutschland einzuwirken.

Woodrow Wilson †.

Nach einer Meldung aus Washington ist der frühere Präsident Wilson am Sonntag Abend um 10 Uhr gestorben, nachdem er morgens um 8 Uhr das Bewußtsein verloren hatte.

Selten ist der Amtsantritt eines Präsidenten der Vereinigten Staaten mit größeren Hoffnungen begrüßt worden als der des Prof. Wilson und selten hat einer mächtiger und unter größeren Enttäuschungen geendet. Woodrow Wilson wollte mehr sein als der Sachwalter rein amerikanischer Interessen, aber das distanzierte Eingreifen dieses willensschwachen und eiteln Mannes in eine der fürchterlichsten Weltkatastrophen war nur dazu angetan, die Dinge zu noch unheilvollerer Entwicklung zu treiben und ganze Völker um ihre Freiheit und ihr nationales Recht zu bringen. Von seinen berühmten vierzehn Punkten, die eine gerechte Regelung der europäischen Verhältnisse gewährleisten sollten, blieb kaum ein einziger unangefastet. Schwäche und Eitelkeit, vereint mit einer katastrophalen Unkenntnis der Nationalitätenverhältnisse auf dem Kontinent bestimmten den Präsidenten zu immer größeren Ungelegenheiten auf die rein-imperialistische Politik der Entente. Als gebrochener Mann, dem das eigene Volk die Zustimmung zu seinem Werk verweigerte, kehrte er von den Friedensverhandlungen in Paris zurück und ist seitdem nicht wieder in die aktive Politik eingetreten.

Woodrow Wilson wurde am 28. Dezember 1856 in Stanton (Virginia) geboren. Er studierte Rechtswissenschaft und Philosophie und war zunächst Rechtsanwalt in Atlantic. Einige Jahre darauf wandte er sich der akademischen Laufbahn zu und wurde Professor der Geschichte und Volkswirtschaft. Im Jahre 1911 trat er in die Verwaltungslaufbahn über und wurde Gouverneur von New-Jersey. Am 7. November 1912 wurde Wilson zum Präsidenten gewählt. Bald nach seinem Amtsantritt begann der Weltkrieg, in dem Wilson zunächst den Standpunkt der Neutralität proklamierte, was ihm jedoch nicht abhielt, die Entente mit den reichen amerikanischen Geldmitteln und Munitionslieferungen zu unterstützen. Die dadurch zwischen Deutschland und Amerika herrschende Spannung wurde durch die am 7. Mai 1915 erfolgte Versenkung des Dampfers „Lusitania“ verschärft, an die sich ein längerer Notenwechsel anschloß. Auf die persönliche Vorstellung des amerikanischen Botschafters Gerard wurde der Konflikt am 4. Mai 1916 nochmals beigelegt. Am 8. November 1916 wurde Wilson zum zweiten Male zum Präsidenten gewählt. Kurz nach seiner Wahl erfolgte am 12. Dezember 1916 das Friedensangebot der Mittelmächte, das Wilson mit einer Note betreffend Wiederherstellung des Friedens an die Kriegsführenden beantwortete. Während Deutschland am 26. Dezember 1916 seine Bereitwilligkeit zu Verhandlungen erklärte, ließ die Entente in ihrer Antwort vom 10. Januar 1917 erklären, daß sie jede Verhandlung mit Deutschland ablehne. Diese Bräutigams-Beantwortung Deutschlands mit der Erklärung des uneingeschränkten U-Bootkrieges am 31. Januar 1917, worauf am 4. Februar 1917 der Abbruch der diplomatischen Beziehungen und am 2. April 1917 die Kriegserklärung Amerikas an Deutschland erfolgte. In seiner Konzeptionsrede vom 8. Januar 1918 formulierte Wilson seine bekannten 14 Punkte, die der deutsche Reichskanzler Prinz Max von Baden, im Vertrauen

auf deren Ehrlichkeit am 5. Oktober 1918 an der Grundsatz-Bemerkung, um sich an Wilson mit der Bitte um Vermittlung von Friedensverhandlungen zu wenden. Der Theoretiker und Idealist des Welken Hauses verlangte bekanntlich schändlich, als er sich in die Gesellschaft der europäischen Diplomatie nach Paris begab. Bei den neuen Präsidentenwahlen konnte Wilson nicht mehr durchdringen. Am 4. März 1921 trat er als ein gebrochener Mann von der Weltbühne zurück, um seinem Nachfolger Harding, der aus dem Lager der Republikaner kam, die Präsidentschaft zu überlassen und in stiller Zurückgezogenheit seine Memoiren zu schreiben. Am Dezember 1920 war Wilson der Nobelpreis für Literatur für 1919.

Die letzten Stunden Wilsons.

Aus Washington wird gemeldet: Am Sonntag Morgen hatte es den Anschein, als ob Wilson etwas an Kräfte gewonnen hätte. Als er nach einem langen Schlaf erwachte, habe man versucht, ihn etwas Nahrung aufnehmen zu lassen. Der Kranke verweigerte dies aber. Um 9 Uhr abends erklärten die Ärzte, daß Wilson in den Todeskampf eingetreten sei und daß er nicht mehr erwachen werde. Nachdem der Kranke während einer Stunde in diesem Zustande verharrt hatte, wobei die Herzschläge immer schwächer wurden, trat Wilson seinen letzten Atemzug. Die Ärzte haben Arterienverfälschung als Todesursache festgestellt.

Sobald Wilsons Tod bekannt wurde, begab sich Präsident Coolidge mit seiner Gemahlin nach dem Hause Wilsons, vor dem sich eine nach Tausenden zählende Menschenmenge versammelt hatte. Coolidge hat bekannt gegeben, daß für den verstorbenen früheren Präsidenten ein militärisches Begräbnis angedacht werde. Man weiß aber noch nicht, wo Wilson beigesetzt werden wird.

Poincarés Beileid.

Aus Paris wird gemeldet: Nachdem Poincaré die Meldung vom Tode Wilsons erhalten hatte, sandte er an Frau Wilson ein Beileidstelegramm. Am Sonntag Abend empfing er die amerikanischen Journalisten von Paris, denen er u. a. erklärte, daß Frankreich es nie vergessen werde, daß unter der Präsidentschaft Wilsons die Vereinigten Staaten Wunder getan hätten, um die Freiheit der Welt und die Zivilisation zu retten.

Die Beileidskundgebung MacDonalds.

Aus London wird gemeldet: Ramsay MacDonald, der an die amerikanische Nation ein Beileidstelegramm sandte, in dem es u. a. heißt: „Ich bin durch die Kunde vom Tode des Präsidenten Wilson tief gerührt, und ich bin überzeugt, daß das englische Volk meine Gefühle teilt. Wilson hatte eine herrliche Auffassung, um Europa zum Frieden und zur Einheit zu führen. Diese Auffassung war vielleicht zu schön für diese Erde. Die Menschheit wird sich in Zukunft dieses Mannes und der Rolle, die er in der Geschichte spielte, erinnern.“

Aus Paris wird gemeldet: Millerand hat am Sonntag Abend beim Jahresspektakel der republikanischen Journalisten eine Rede gehalten, in der er erklärte, daß Frankreich ebenso, wie es gegen den schlechten Zahlungswillen Deutschlands gekämpft habe, auch gegen die Verjüngung angeknüpft habe, durch die der französische Kredit erschüttert und der Frankenkurs gestürzt werden sollte. Diese Verjüngung seien bereits gescheitert. In der ganzen Welt könne man sich davon überzeugen, daß in den französischen Kredit kein Zweifel gesetzt werden dürfe. Es genüge, die moralischen, wirtschaftlichen und finanziellen Verhältnisse Frankreichs genau zu prüfen. Frankreich bestehe nach wie vor darauf, daß der frühere Feind die von ihm angerichteten Schäden bezahle. Für die Verletzungen, die Deutschland den Kriegsschädigten gegenüber eingebracht sei, werde Frankreich eintreten. Es werde nicht zulassen, daß Deutschland seine Unterdrückung verleugnen dürfe.

Der Nachfolger Lenins.

Wie die russische Telegraphen-Agentur meldet, hat der Zentralvollstehungsausschuss der Sowjets den bisherigen Stellvertreter des Vorsitzenden des Rates der Volkskommissare, Kowalew, an Stelle Lenins zum Vorsitzenden des Rates gewählt.

Siegesstimmen in Moskau.

Die Anerkennung Sowjetrußlands seitens Englands wird in Moskau als der größte Sieg der Sowjets betrachtet, da dadurch für die zukünftige Anerkennung Sowjetrußlands durch Frankreich und Amerika ein Präzedenz geschaffen werde, d. h. daß keine Kompensationen seitens Rußlands für die ihre Anerkennung geboten werden. Mit England sind die normalen diplomatischen Beziehungen bereits aufgenommen worden.

Die Berliner Sachverständigenberatungen.

Aus Kreften, die über die Arbeiten der beiden Sachverständigenkommissionen gut unterrichtet sind, erzählt unser Berl. Vertreter, daß man einer Entscheidung voranfangs März nicht gerechnet werden könne. Der springende Punkt bei den Verhandlungen sei der, daß die Sachverständigen möglichst zu einem einmütigen Gutachten gelangen, an das die alliierten Regierungen gebunden wären.

Veränderung des Münchener Vertrages.

Nach einer Havasmeldung aus Düsseldorf ist ein neues Abkommen zwischen der Münchener und den Edelstahlwerken unterzeichnet worden, wonach eine Herabsetzung der Ausfuhrabgabe um 1/2 des derzeitigen Tarifs eintritt. Jedoch ist eine Kontribution vorgesehene, die sich auf das Doppelte der herabgesetzten Ausfuhrabgabe beläuft und deren Ertrag zur Bezahlung etwaiger Sachlieferungen auf Reparationskonto Verwendung finden soll.

Neue Reise Breitscheldts nach London.

Der deutsche sozialdemokratische Abgeordnete Dr. Breitscheldt hat eine auf 8 Tage berechnete Reise nach London angetreten. Es wird berichtet, daß diese Reise lediglich Informationszwecken dient und nichts mit den Verhandlungen zu tun hat, die von einer Kandidatur Breitscheldts für den Londoner Volkskammerposten sprechen. Daß der gegenwärtige deutsche Botschafter Stöcker in absehbarer Zeit seinen Posten in London verlassen wird, gilt bei dem vorgerückten Alter dieses Diplomaten als sicher. In parlamentarischen Kreisen verläuft, daß als sein Nachfolger der bekannte Reichstagsabgeordnete Karl von Weinberg in Frankfurt a. M. in Aussicht genommen worden sei.

Verhaftung der Erbsenräuber in Ungarn.

Aus Budapest wird gemeldet: Hier ist die Nachricht verbreitet, daß die beiden Erbsenräuber Schulz und Tillesen verhaftet worden sind. Vor einigen Tagen ist der deutsche Gesandte von dem Außenminister der

Erbsenräuber verhaftet worden. Er hat die ihm gemachte Mitteilung nach Berlin weitergegeben. Nunmehr hat der deutsche Gesandte namens der deutschen Regierung an das ungarische Ministerium des Innern das Ersuchen gerichtet, die Erbsenräuber zu verhaften, worauf das ungarische Ministerium geantwortet hat, daß die Verhaftung der Erbsenräuber sofort eingeleitet werden wird.

Der Währungsplan gegen den Nationalen Block.

Der Parteitag der französischen Sozialdemokraten in Marseille hat eine Entschließung angenommen, in der es heißt: Die Partei ermächtigt die lokalen Verbände, ihre Vorträge mit denjenigen der Vertreter anderer sozialistischer Parteien gegen einen etwaigen nationalen Block zu vereinbaren. Die Wahlbindnisse seien jedoch nur in solchen Departements und mit solchen Organisationen zu schließen, wo sie eine klare und offene Notwendigkeit darstellen. Die lokalen Verbände hätten die Möglichkeit zu prüfen, bevor sie derartige Bindnisse eintreten.

Goldbilanzen und Kleinaktionär.

Die Inflation mit ihren verheerenden Folgen hat auch dazu geführt, daß das Sparkapital des deutschen Mittelstandes, das meistens in Sparbüchern und Wandbriefen angelegt worden war, fast gänzlich abgebaut wurde. So mußte sich das deutsche Sparkapital nach anderen Anlagemöglichkeiten umsehen und wurde dem Aktienmarkt zugeführt. Es ist darum wohl keine Uebertreibung, wenn man annimmt, daß der überwiegende Teil des aus dem Zusammenbruch der Kleinbilanzen resultierenden Vermögens heute in Aktien angelegt ist.

Dem Bedürfnis nach Klarheit über den tatsächlichen Substanzwert der Gesellschaften soll nun durch die Goldbilanzierungsverordnung zu Hilfe gekommen werden. Daß diese Umstellung auf Gold manche herbe Enttäuschungen mit sich bringen wird, sei vorweggenommen, doch darf man dabei auch nicht vergessen, daß durch diese Maßnahmen die Unsicherheit, die jetzt an der Börse Platz gegriffen hat, im Laufe der Zeit beseitigt werden wird. Wird man diese Not als einen Vorteil für den Kleinaktionär verzeichnen können, so sind doch die Gefahren, die ihm aus der Umstellung auf Gold entstehen, bei weitem größer, und es steht zu befürchten, daß, falls nicht geeignete Maßnahmen ergriffen werden, auch der letzte Rest des Mittelstandeskapitals abgetragen wird.

Der elementare Sinn der Verordnung ist darin zu erblicken, daß das Eigenkapital mit dem Vermögensstande in Einklang gebracht werden soll. Dieses wird dadurch erreicht werden, daß das Inventar neu in Gold aufzunehmen und dann mit dem Papiermarkt-Aktienkapital abgeglichen wird. Ist das Goldmarkvermögen in der gleichen Höhe wie das Papiermarkt-Aktienkapital errechnet worden, so wäre weiter nichts zu veranlassen. Günstiger noch als diese Maßnahme stellt sich die Lage der Gesellschaft dann, wenn das Goldmarkvermögen sich höher erweist als das Papiermarkt-Aktienkapital. In einem solchen Falle wäre der Ueberschuß nach § 5 der Verordnung unter die Aktiven als Reserve einzuführen, oder der Betrag des Eigenkapitals müßte entsprechend herabgesetzt werden. Tritt der hier geschilderte Fall bei einer Gesellschaft ein, so werden die Aktionäre im Falle einer Kapitalerhöhung insofern betroffen, als Neuzugänge auf dieses Kapital zu erfolgen hätten. Dabei ist zu berücksichtigen, daß es nicht selten im Interesse von Konzernen und Großaktionären liegen wird, auf diese Weise sich der lästigen Kapitalerhöhung zu entziehen.

Weit schmerzlicher aber steht es für den Kleinaktionär, wenn bei einer Gesellschaft der unzulässige Fall eintritt, der durch die Goldmarkbilanzierung abgeheilt ist. Diese dritte Möglichkeit, die wohl auch die häufigste und nicht nur bei Inflationsspekulationen sehr wird, tritt dann in Erscheinung, wenn das in Goldmark errechnete Vermögen hinter dem Papiermarkt-Aktienkapital zurückbleibt. Auch hier ist der Paragraph 5 der Verordnung anzuwenden, der die Umstellung in drei Formen vorsieht. Die Differenz zwischen Goldvermögen und Eigenkapital läßt sich erstens als Kapitalwertverminderungskonto (nicht höher als neun Zehntel des Eigenkapitals und in drei Jahren tilgbar) unter die Aktiven einführen, zweitens kann das Vermögen durch Einlagen bis zur Höhe des Betrags des Eigenkapitals vermehrt werden und endlich kann andererseits das Eigenkapital herabgesetzt werden, was in der allgemeinen Sprache der Praxis als Zusammenlegung bezeichnet wird.

Eine Zusammenlegung kommt nur insoweit in Frage, als die Mindestgrenze für eine Aktie von 100 Goldmark nicht eingehalten werden kann. Daß dies bei vielen Gesellschaften nicht möglich sein wird, ist anzunehmen. Fällt ein Aktionär mit einem zu geringen Aktienbesitz von dem Bezuge neuer Gold-Aktien aus, so sollen ihm für die Einlagebeiträge Gewinnausschüsse ausbezahlt werden. Diese Gewinnausschüsse gewähren Anspruch auf Aktien und Liquidationsüberschüsse, auch darf ihre Beteiligung am Reingewinn nicht durch Kapitalerhöhungen verdrängt werden. Es sind drei Jahre unfindbar, während dieser Zeit kein Stimmrecht. Auch hier ist der Kleinaktionär der Wille von Majoritätsgruppen ausgenutzt, die durch Aufrechterhaltung des Kapitalwertverminderungskontos, während dessen Verbleiben Gewinnzuschüssen unterliegt, ihnen jeden Genuß von Dividenden unterbunden können.

Betrifft die Gesellschaft den Weg zur Erhöhung des Vermögens durch Neuanlage, so entsteht die Frage, ob durch Generalversammlungsbefehl solche „Ausbeuten“ beschlossen werden können. Man hat ferner dabei im Auge zu behalten, daß der Par. 8 vorschreibt: „Das Verhältnis der mit den Aktien und Geschäftsanteilen verbundenen Rechte zueinander wird durch die Umstellung nicht berührt“. Der gleiche Paragraph verweist auf die Durchführungsbestimmungen, von denen auch die Klarstellung des Kleinaktionärs zu erwarten ist. Im Falle der Aktienzusammenlegung ist den Kleinaktionären im Par. 13 eine Handhabe gegeben, ihre Rechte zu wahren. Es handelt sich hier um die Revision der vorgenommenen Umstellung, wobei auf Antrag des Revisors ernannt werden können. Wichtiger als diese Maßnahme allein wäre, diese Tätigkeit der Revisoren darauf auszubauen, daß ihrer Prüfung auch die richtige Bewertung der Aktiven unterliegt. Diese Bewertung ist frei in das Ermessen der Verwaltung gestellt und die Bewertungsrichtlinien des HGB. nur insoweit außer Kraft gesetzt, als sie eine Überbewertung als die nach dem Anschaffungs- und Herstellungsaufwand nicht zulassen. Durch eine solche Prüfung würde sich vielleicht in manchem Falle ein geringes Maß der Zusammenlegung ermbilichen lassen. Man wird auch daran denken können, daß die Kleinaktionäre sich einen prozentualen Anteil an den Ausschüttungsmaßnahmen verschaffen, mindestens aber ein Glied in den Ausschüttungskette bilden.

Steigerung der Befestigungskosten.

Vom 1. Januar bis Ende Oktober 1923 betrugen die unmittelbaren Kosten Deutschlands im altbefestigten Gebiet 207 Millionen Gold und im Ruhrgebiet für den Unterhalt der Befestigung etwas über 30 Millionen Gold. Was die Gegenstände in dieser Zeit bezahlt und was Deutschland in Rechnung gestellt werden soll, ist noch nicht bekannt. In der letzten Zeit ist angeordnet worden, in einer Reihe von Städten Artillerie-, Infanterie- und Kavalleriekasernen einzurichten, die Unterbringung zahlreicher Familien in Wohnhäuser mit Ausstattung und Einrichtung von Kaminen, Ställen und Schuppen, außerdem für über 25 Millionen Gold. Die deutsche Regierung lehnt diese Forderung aber „vorläufig“ ab.

Allerlei vom Tage.

Das Reich stellt frühestens zum 1. April eine Erhöhung der Ortszuschläge mit Rücksicht auf die Erhöhung der Wohnungskosten in Aussicht.
Der Bundeskanzler und der Außenminister Österreichs sind nach Rumänien abgereist.
Dem schwedischen Reichstag wird eine Gesetzesvorlage über eine Reform der Landesverteilungsunterschiede, die die Luftwaffe verfeinert.
Die spanische Regierung hat sich nun doch entschlossen, das Tangaer-Abkommen zu unterzeichnen.
Eine englische Aufklärungsorganisation, deren Vizepräsident Henderson ist, hebt die unachseln Anstrengungen der öffentlichen und privaten Wohltätigkeit in Deutschland hervor.
Beim Reichswirtschaftsministerium hat eine amekikanische Konferenz der deutschen Preisprüfungsstellen stattgefunden.
In einer Besprechung zwischen der Rentenbank und der Reichsbank wurde die Vereinbarungen getroffen, daß die Reichsbank nunmehr die Rentenmarktrechte für die Landwirtschaft auf allerhöchstem Betrage der Landwirtschaft ausübt.
Die Rheinlandskommission hat beschlossen, die Frage der Befreiung der sogenannten Realen der „Autonomen Blatz“ auf unbestimmte Zeit zu vertagen.

Politische Nachrichten.

„Die Not der deutschen Arbeiter.“ Die „Deutsche Arbeiterzeitung“, die unter Leitung des Reichstagsabgeordneten Ross einen ansehnlichen Ruf weit über die betriebligen Kreise hinaus genießt, hat ihre Nr. 5 der „Not der deutschen Arbeiter“ gewidmet. In aussergewöhnlichem Maße wird die Frage des Arbeitsmangel, der aufsteigenden Kaufkraft, des Anstiegs der Löhne an den Produktionskosten behandelt und sehr beachtliche Ausführungen zur Not der Wirtschaft gemacht. Diese Nummer liefert ein ausgezeichnetes Material für alle volkswirtschaftlich und politisch tätigen Persönlichkeiten.
Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge. Der sozialpolitische Ausschuss des vorläufigen Reichswirtschaftsrates beschäftigt sich mit den Fragen der Sozialversicherung und mit der Erwerbslosenfürsorge. Aus einer großen Reihe von Vorschlägen, die angenommen wurden, ist zu entnehmen, daß der Ausschuss der Aufrechterhaltung der Erwerbslosenfürsorge im Prinzip zustimmt. Er erkennt die schwierige Lage des Reiches durchaus an, erlaubt aber doch, daß die Masse der Erwerbslosen nicht ohne Unterstützung bleiben darf.
Die Reichstagsabgeordneten wollen weiter erster Klasse fahren! Der Sparantrag des Reichstages beschließt sich mit dem Erlaß des Reichsfinanzministers, daß die Abgeordneten auf die Benutzung der ersten Wagenklasse verzichten müssen. Dies haben alle Parteien abgelehnt. Sie erklären sich zwar einverstanden mit einer Befreiung der ersten Wagenklasse überhaupt, glauben aber, solange diese besteht, auf das Recht zu ihrer Benutzung nicht verzichten zu können.

Wissenschaft, Kunst und Technik.

Ludwig Barnay ist am 31. Januar an den Folgen eines Schlaganfalls kurz vor seinem 92. Geburtstag in Hannover gestorben. Barnay, der im deutschen Bühnenleben der letzten Jahrzehnte des vorigen Jahrhunderts eine bedeutende Rolle spielte, stammte aus Pommern. Besonders bedeutungsvoll war sein Eintreten für die sozialen und materiellen Bedürfnisse der Schauspieler. Er war der eigentliche Anreger zur Gründung der Bühnengenossenschaft, die ihm als ihrem Ehrenpräsidenten stets Dankbarkeit bewies.

Die Tiefenbrunnen Kunstwerke gefährdet. Das reizend gelegene kleine Kirchlein von Tiefenbrunn im bairisch-württembergischen Grenzgebiet, eines der schönsten Wandermalereien des Freundes altdeutscher Malerei, hat unter den Wänden der Gegenwart stark zu leiden gehabt. Seine Glasfenster sind sehr beschädigt. Es regnet hinein, und die beiden Hauptwerke deutscher Malerei des 15. Jahrhunderts, die dort stehen, sind in Gefahr, so Lukas Mosers herrlicher Altar mit der Magdalenen-Geschichte aus dem Jahre 1431 und der seltsamen Inschrift: „Schreie, Kunst, und beklage dich sehr, dein begehrt ist niemand mehr“, und der Hochaltar des Ulmer Meisters Hans Schüchlin aus dem Jahre 1465. Die kleine Gemeinde hat ihren Stolz verloren, die Kirche und ihren Besitz würdevoll durch die Jahrhunderte zu erhalten. Soffentlich finden sich jetzt Kunstfreunde, die die wenigen Mittel für die Erhaltung der Kunstwerke aufbringen.

Eurt von Bardeleben, der bekannte Schachmeister, ist unter traurigen Umständen verstorben. Man fand ihn mit einer schweren Schädelverletzung tot auf dem Sofa des Hauses Wallstraße 24 in Berlin, in dem er seit 4 1/2 Jahren in einer Pension wohnte. Auf welche Weise v. B. ums Leben gekommen ist, läßt sich mit Bestimmtheit nicht sagen, da niemand den Vorfall beobachtet hat. Nach den polizeilichen Feststellungen soll Selbstmord infolge akuter Unmuth durch Sturz aus dem Fenster vorliegen, während von anderer Seite mehr mit einem Unfall gerechnet wird. Bardeleben war seit einiger Zeit leidend und auch geistig nicht ganz klar, hat aber niemals Selbstmordgedanken geäußert. v. Bardeleben war einer der bedeutendsten Schachbeobachter und hat etwa 15 wissenschaftliche Abhandlungen über das Schachspiel herausgegeben, ferner mit Mieses zusammen ein Schachlehrbuch. In den Jahren 1881 bis 1918 nahm er an 18 internationalen Turnieren teil, in denen er 92 Partien gewann, 95 verlor und 95 Remis machte. Außerdem hat er mit Erfolge an weiteren 12 Wettkämpfen teilgenommen. In den letzten Jahren betrat sich v. Bardeleben als Lehrer des Schachspiels.

Die deutschen Getreidepreise.

Zwischen französischem Franken und russischem Rubel.

Die Einfuhr von Getreide aus Frankreich und damit die Rückkehr zu stabilen Geldverhältnissen hat auf den meisten Gebieten des Warenhandels Preisrückgänge zur Folge gehabt, die neuerdings auch das Getreide auf Friedensland, teilweise sogar darunter ausliefern haben. Von den Erzeugnissen der Landwirtschaft sind insbesondere der Hafer und der Roggen von dem Rückgang betroffen worden.

Für Hafer waren die Industriezentren Deutschlands, insbesondere des Rheinlandes und Westfalens, stets gute Abnehmer zur Verformung der dort gehaltenen schweren Arbeitstiere und für die Herstellung von Nahrungsmitteln aller Art. Seitdem nun der französische Franken nahezu auf den vierten Teil seines Friedenswertes zurückgegangen ist, werden von Frankreich aus über Ludwigshafen sowohl Weizen als auch Hafer, insbesondere Weizen, in großen Mengen und zu erheblichen billigeren Preisen auf den Markt geworfen, als sie die heimische Wirtschaft zu liefern im Stande ist. Die sich hieraus ergebenden Preisdifferenzen kommen der nahe gelegenen westdeutschen Industrie außerordentlich zu Gute. Für die von der letzten Ernte im Westen lagernden Haferbestände ist der Konsum infolgedessen stark zurückgegangen. Da das Lagerfeld sowie die Ein- und Ausladungen nicht unbedeutend sind, kam Material in großen Mengen heraus und drückte den Haferpreis, der im Jahre 1913 162 Mark im Mittel pro Tonne betrug, auf nahezu 100 Mark herunter. Das „Voch im Westen“, das in der Nachkriegszeit lange eine verhängnisvolle Rolle gespielt hatte, scheint sich wieder zu öffnen.

Ein weiterer Anstieg auf den Getreidemarkt erfolgte vom Osten her und war besonders stark gegen den Roggen gerichtet. Russland hat aus der Karentzeit das bäuerliche Element wohl übernommen, ihm aber Steuern und Abgaben in solcher Höhe auferlegt, daß der Bauer armutswortend ist, große Getreideüberschüsse für den Export bereitzustellen. Außerdem sind die Sowjets bestrebt, die Landwirtschaft nach amerikanischem Muster, d. h. nach den Regeln eines maschinellen Großbetriebes wieder aufzubauen. Trotz der politischen Stürme, die über das Land gekommen sind, trotz der lokalen Missetaten, hat Russland schon wieder seine alte Rolle als Getreideexportland übernommen, und russischer Roggen findet teils über Dänemark, teils über See, seinen Weg nach Deutschland. Wenn auch die angeforderten Mäße und die hier und da noch nicht voll befahrbaren Eisenbahnstrecken die Ware nicht überall sofort erscheinen lassen, so hat das Auslandsangebot in die deutsche Preisbildung doch entscheidend eingegriffen und das Brotgetreide, den Roggen, von 165 Mark im Vorkriegsstande 1913 auf 135 Mark pro Tonne zurückgeworfen.

Zu gleicher Zeit steigerte sich auch das Inlandsangebot, das um die Steuerabkürzungen des Jahresberichts vorübergehend sogar dringender wurde. Im Gegensatz zu dem verstärkten Angebot ist ein deutlicher Rückgang im Konsum an Brotgetreide zu verzeichnen. Während zu Beginn des Weltkrieges pro Kopf der Bevölkerung ein Verbrauch von 250 kg. entfiel, der eine Einfuhr von etwa 50 Mill. D. notwendig machte, schwankt jetzt der Verbrauch zwischen 160 und 220 kg.; der Import ist im Zusammenhange hiermit auf 8,5 Mill. zurückgegangen.

Mit der Rückkehr zu geordneten Nahrungsverhältnissen hat das Getreidegeschäft, das während der Inflation ein Spielball der Spekulation gewesen ist, wieder eine andere Form angenommen. Der Getreidehandel wird nur bei aussergewöhnlicher Kalkulation seine Rechnung finden. Der deutschen Landwirtschaft aber erwächst die Aufgabe, die Geschlossenheit ihrer Produktion auf ein Mindestmaß herabzurufen.

Soziales.

Flörsheim, den 6. Februar 1924.

— Doch ein Unglücksfall. Herr Georg Duchmann von hier ist, wie jetzt bekannt wird, in Grünau in Schlesien bei Ausübung seines Dienstes (er war Rangierer) verunglückt und zu Tode gekommen. Einzelheiten sind nicht bekannt. Die Beerdigung findet am Freitag hier in Flörsheim statt.

I Bezüglich der Einlösung des Frankfurter Notgeldes erhielt auf Anfrage durch Stadthauptkasse Frankfurt a. M. die hiesige Genossenschaftsbank folgende Bescheid: „Das Notgeld ist vom Reichsfinanzminister zum 31. Jan. 1924 aufgerufen. Die Einziehung des von der Stadt Frankfurt a. M. ausgegebenen Notgeldes ist daher im Gange, jedoch wird die Einlösung noch einige Zeit beanspruchen und sich wenigstens noch auf 2 bis 3 Wochen erstrecken, so daß während dieser Zeit eingeliefert und umgetauscht werden kann. Stadthauptkasse, Frankfurt.“

Die ungarische Künstler-Verietee-Truppe gibt auf ihrer Durchreise hier verschiedene Gastspiele musikalischer Art. Was die Leistung der Leute anbelangt, so sei vorweg bemerkt, daß dieselbe von hiesigen Fachautoritäten als hochkünstlerisch bezeichnet wird. Es ist deshalb ein Besuch der Konzerte jedem Musikliebenden aus einbringlichste zu empfehlen. Die erste Vorstellung findet heute Abend 8 Uhr im Saalbau zum Hirsch statt.

* Freie Volksbühne. Ein großer Theaterliebhaber und selbst Schauspieler, welcher der Vorstellung am Sonntag Abend im Hirsch bewohnte, war sehr überrascht, daß eine Dilettantenbühne eine Komödie in solch originalem Stile aufgeführt. Vor allen Dingen waren die Rollen dieser Künstler sehr gut eingeteilt. Was ich am meisten bewunderte war der Herr, der den Schulinspektor und ein Herr, welcher den Fleming darstellte. Großes Talent zeigte der aufs trefflichste markierte Oberlehrer Kladmann. Auch die anderen Spieler entledigten sich zur vollsten Zufriedenheit ihrer Pflicht. Ich habe schon vielen Dilettantenbühnen beigewohnt, doch solche Leistungen wie bei der „Freien Volksbühne“ habe ich noch nicht gesehen. Ein Schauspieler.

* Theater. Wie wir hören führt die Theatergruppe des Gesangsvereins „Sängerbund“ am Sonntag, den 17. ds. Mts. das bekannte Lustspiel „Robert u. Bertram die lustigen Bagabunden“ auf. Wir weisen jetzt schon

darauf hin, damit sich jeder rechtzeitig eine nummerierte Karte, welche ab Sonntag, den 10. ausgegeben werden, sichert. Näheres wird in nächster Nummer dieser Zeitung bekanntgegeben.

* Landw. Schule Hof Geisberg-Wiesbaden. In der Zeit vom 15. Februar bis 14. März findet in Erbenheim im Gasthaus zum Schwanen ein Fortbildungslehrgang statt. An dem Lehrgang können teilnehmen: 1. Sämtliche ehemaligen Schüler der Geisbergschule, 2. alle übrigen Landwirte über 20 Jahre. Die von jedem Teilnehmer zu zahlende Vergütung beträgt 1,50 Mark. Der Kursus besteht aus 16 Vorträgen, die in der genannten Zeit Dienstags und Freitags nachmittags um 2.30 bzw. 4 Uhr beginnen. Die Vorträge erstrecken sich auf alle Fachgebiete der Landwirtschaft (Bodenbearbeitung, Düngung, und Saatgutfragen: Futterbau, Kartoffelbau sowie Obstbau: Pferde, Rindvieh, Schweinezucht: Betriebswirtschaft und Nahrungsfragen.) Als Redner sind in erster Linie Spezialverständige aus dem Kammerbezirk gewonnen, die mit den Verhältnissen vertraut und infolgedessen in der Lage sind, sich voll und ganz auf die Bedürfnisse der Praxis einzustellen. Auskunft erteilt und Anmeldungen nimmt der Leiter des Lehrgangs, Direktor Dr. Bell, Wiesbaden, Hof Geisberg, entgegen.

* Wider, 3. Febr. Todesfall. Vor einigen Tagen wurde hier der Lehrer im Ruhestand Adam Rember zu Grabe getragen. Der Verstorbene war 1846 zu Niederseifers geboren, ist also 78 Jahre alt geworden. 1892 kam er hierher und verwaltete die erste Schulle bis 1911, mit welchem Zeitpunkt er in den Ruhestand trat. An seinem Grabe widmeten ihm Pfr. Hannappel, Lehrer Schneider und Lehrer Flud-Flörsheim herzliche Nachrufe.

Kirchliche Nachrichten.

Katholischer Gottesdienst.

Donnerstag 6.30 Uhr hl. Messe für Josef Richter (Schwesternhaus)
7 Uhr Segensamt für Elisabeth und Marg. Michel.
Freitag 6.30 Uhr hl. Messe für Verstorbenen (Krankenhaus)
7 Uhr Amt für Georg Duchmann
Samstag 6.30 Uhr St. Marien, für Verstorbenen der Fröhenstiftung.
7 Uhr Amt für Phil. Schleidt Ehefr.

Todes-Anzeige.

Gott dem Allmächtigen hat es gefallen, am 31. Januar 1923 meinen unvergesslichen Gatten, unsern treusorgenden Vater, unsern lieben Sohn, Bruder, Schwager und Onkel
Herrn

Gg. Duchmann

im Alter von 34 Jahren durch Unglücksfall in Fahrbrücke in Sa. unerwartet in die Ewigkeit abzurufen.

Die tieftrauernd Hinterbliebenen:
i. d. N.:

Barbara Duchmann

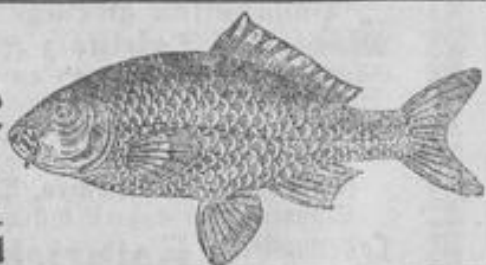
geb. Roth und Kluder.

Fahrbrücke, Flörsheim, Cunsdorf, Mainz, Kastel, Lichtenstein, Astheim, 5. Febr. 1924

Die Beerdigung findet am Freitag, den 8. Febr. nachmittags 3 1/2 Uhr vom Trauerhaus Eisenbahnstr. 7 aus statt. Das 1. Seelenamt ist am Freitag Vormittag um 7 Uhr.

Frische Fische

sowie Bücklinge zu den billigsten Tagespreisen empf. Chr. Wittekind



Turnverein von 1861, Flörsheim.

Samstag, 9. Februar pünktlich 8 Uhr ordentliche General-Versammlung

im Gasthaus „zum Hirsch“.

Tagesordnung:

1. Bericht über das Vereinsjahr 1923.
2. Kassenbericht.
3. Berichte der Turn- und Zeugwart.
4. Vorstandswahl.
5. Beitragsfestsetzung.
6. Vereinsdiener wird bestimmt. (Meldung bis Samstag beim Vorsitzenden).
7. Verschiedenes.

Ich bitte die Turner höflich, reiflich erscheinen zu wollen, da die Tagesordnung sehr wichtig ist. Anträge zur Generalversammlung müssen schriftlich bis Freitag Abend beim Vorsitzenden eingelangt sein. Sollte die Generalversammlung nicht beschlußfähig sein, so findet 1/2 Std. später eine zweite statt.

Der Vorstand.

Insulieren bringt Gewinn!

